

Hamburger Verhältnisse

von Sören Tomasek

Die Geschehnisse rund um die Nominierung des SPD-Kandidaten für den Bundestagswahlkreis Hamburg-Eimsbüttel haben hohe Wogen geschlagen. Der etablierte Abgeordnete Niels Annen unterlag in der Wahlkreiskonferenz gegen den Hamburger Juso-Landesvorsitzenden Danial Ilkhanipour. Schnell wurde der Verdacht geäußert, das Ergebnis sei mit unlauteren Mitteln herbeigeführt worden. Nicht nur in Hamburg, auch bundesweit waren die Reaktionen zunächst oft sehr emotional. Nachdem nun einige Zeit verstrichen ist, muss die SPD jetzt aber klären, was genau der "Putsch" für die Zukunft bedeutet auch hier wieder mit Blick auf Hamburg, aber auch darüber hinaus. Die Analyse ist dabei nicht so einfach, wie manche Medienberichte nahelegen, weil es sich im Grunde nicht -zumindest nicht nur -um einen Machtkampf zwischen linken und rechten Parteiströmungen handelt, sondern zunächst andere Ebenen betroffen sind.

Die emotionalethische Ebene

Unabhängig von bestehenden juristischen Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Wahl-Durchführung richtet sich die Hauptkritik auf die Tatsache, dass die Gegenkandidatur erst bekannt gegeben wurde, nachdem alle Delegiertenwahlen abgeschlossen waren. In vielen Mitgliederversammlungen bestand bis dahin der Eindruck, in Niels Annen nicht nur den einzigen, sondern auch einen guten Kandidaten zu unterstützen. Die (empfundene) Unanständigkeit besteht nun darin, dass sich viele GenossInnen um die Möglichkeit betrogen fühlen, sich in eine Auswahl zwischen den beiden Kandidaten einzubringen. Verstärkt wird der Eindruck dadurch, dass viele glauben, die vielen Jusos, die zu den Delegiertenwahlen erschienen sind, wären gezielt in aussichtsreiche Positionen gebracht worden, um die Mehrheitsverhältnisse vor der Bekanntgabe der Gegenkandidatur zu beeinflussen. Schnell wurde dabei von einer Einflussnahme des Bundestagsabgeordneten und SPD-Kreisvorsitzenden aus Hamburg-Mitte, Johannes Kahrs, gesprochen.

Unabhängig davon, dass dies sofort dementiert wurde und unabhängig davon, ob sich „Belege“ finden lassen: Ein großer Teil der GenossInnen glaubt daran betrogen worden zu sein, und sowohl Ilkhanipour als auch Kahrs sind unfähig, ihre Glaubwürdigkeit in den eigenen Reihen wieder herzustellen. Das Beharren darauf, dass jegliche Kritik ungerechtfertigt sei, da die Wahl formal korrekt abgelaufen sei und die fehlende Bereitschaft, den KritikerInnen oder der Parteibasis in Form einer Mitgliederbefragung entgegen zu kommen, belastet die Kandidatur, die öffentliche Wahrnehmung der SPD und fällt in der Medienberichterstattung zunehmend auch negativ auf andere Personen, beispielsweise den Landesvorsitzenden zurück. In dieser Situation kommt erschwerend hinzu, dass Ilkhanipour schon vor der Übernahme des Juso-Landesvorsitzes das Fundament für das Misstrauen vieler GenossInnen gelegt hat. Jusos, die sich im Hamburger Juso-Landesverband nicht zur von ihm angeführten Mehrheitsströmung zählen, haben den Eindruck, an den Rand gedrängt zu werden. Das Sichern von Delegierten-Mandaten, um Personaltableaus mit eigenen Vertrauten „durchzustimmen“ ohne anderen Strömungen Einflussmöglichkeiten und Mitgestaltungsspielräume zu

geben, erscheint ihnen trauriger Alltag ihres politischen Engagements zu sein. Dieser Hinweis ist wichtig, denn er zeigt, dass der Vertrauensverlust tatsächlich nicht erst durch die Bekanntgabe der Kandidatur, sondern schon viel früher stattgefunden hat und jetzt durch Ilkhanipours uneinsichtiges Verhalten lediglich einen medienwirksamen Höhepunkt erreicht hat.

Einen bitteren Beigeschmack erhält diese Feststellung, weil dieses Problem von vielen erkannt wurde und den GenossInnen um Ilkhanipour daher durch Einbindung in Vorstände und immer wieder signalisierte Gesprächsbereitschaft die Möglichkeit gegeben wurde, wieder zurück zu einer gemeinsamen Parteiarbeit zu finden. Einer der engagiertesten Vertreter dieser Einbindungs-Strategie war Niels Annen – mit bekanntem Ergebnis, was den Eindruck des Unanständigen weiter verstärkt.

Die politischinhaltliche Ebene

Ilkhanipour begründet sein Handeln bei der Bekanntgabe seiner Kandidatur in einer Mail an die Mitglieder des SPD-Kreisvorstandes damit, dass er in vielen Gesprächen den Eindruck gewonnen habe, „dass für einen weiteren Bewerber in Eimsbüttel Raum ist“. Mit dem Kreisvorstand hatte er diese Gespräche im Übrigen nicht geführt, denn auf die mehrfache

Frage bei Sitzungen, ob es weitere BewerberInnen für die Kandidatur gäbe, hat er stets geschwiegen. Andere Motivationen teilte er nicht mit -politische, inhaltliche Differenzen mit Niels Annen oder Kritik an dessen Arbeit als Bundestagsabgeordneter wurden nicht geäußert. Da zu unterstellen ist, dass Ilkhanipour zu diesem Zeitpunkt wusste, warum er kandidierte, liegt der Schluss nahe, dass dies tatsächlich seine einzige Motivation war: Es war möglich.

Auch hier sehen sich diejenigen an früheres Vorgehen erinnert, die Ähnliches im Juso-Bereich erlebt hatten. Auch hier wird seit langem zuerst die Auseinandersetzung um Personen, nicht um dahinterstehende Programme geführt. Vor diesem Hintergrund ist es dann auch folgerichtig, wenn die Forderung nach stärkerer Einbindung der Parteibasis als Reaktion auf die Vorkommnisse von Ilkhanipour in Interviews als sein Beitrag für eine stärkere Basisdemokratie dargestellt wird. Welcher politische Inhalt einer Person zugeordnet wird, ist nebensächlich, bzw. ein bloßer Gegenstand der Außendarstellung.

Kritisch muss rückblickend festgestellt werden, dass die oben erwähnten Integrationsversuche im Grunde diese Logik des „Person-zuerst“ bedienten, indem gezielt Personalvorschläge bei Vorstandswahlen abgesprochen wurden. Eine Auseinandersetzung über die jeweils vertretenen politischen Positionen fand nur am Rande statt und wenn doch hatte sie keine Auswirkungen. So wurde der Eimsbüttler Juso-Kreisvorsitzende absprachegemäß in den Kreisvorstand der SPD gewählt, obwohl er direkt vor seiner Wahl unter heftigem Protest der Delegiertenversammlung forderte, die SPD müsse sich von ihrem Selbstverständnis als linke Volkspartei verabschieden

und verstärkt in die politische Mitte rücken. In letzter Konsequenz wurden dadurch inhaltliche Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Parteiströmungen unterdrückt.

Dass gerade in Hamburg mit seinem schwarz-grünen Experiment dadurch die Chance vertan wird, sich mit einer klaren Gegenposition politisch zu positionieren, ist bereits bedenklich und wird noch dadurch verstärkt, dass jetzt mit Niels Annen einer der bundesweit profiliertesten und medial sehr präsenten VertreterInnen inhaltlicher Positionen beschädigt wurde. Allerdings sollte dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich keineswegs um einen Einzelfall handelt. Zumindest in Hamburg kommt ihm lediglich ein prominenter Status zu, viele – insbesondere junge, linke GenossInnen – kennen solche Situationen aus der eigenen Erfahrung. Als Reaktion entsteht eine innerparteiliche Oppositionsbewegung, die zunächst dadurch, dass ständig strategische Manöver in den Vordergrund geraten, Ressourcen verschleißt, die nicht mehr für die politisch-inhaltliche Arbeit zur Verfügung stehen. Darüber hinaus beschleunigt sich so der Mitgliederschwund, nicht nur durch die große Zahl von Austritten als Reaktion auf den aktuellen Anlass, sondern auch durch die ständige Frustration politisch engagierter junger Menschen und den abschreckenden Effekt auf interessierte Außenstehende.

Nicht täuschen darf diese oberflächliche Entpolitisierung darüber, dass sich dahinter sehr wohl ein politischer Richtungsstreit über die zukünftige Ausrichtung der SPD verbirgt. Das erwähnte Zitat des Eimsbüttler Juso-Kreisvorsitzenden bringt das Szenario gut auf den Punkt.

Bewertung

Wenn man die persönlichen Sympathien für die eine oder andere Person beiseite lässt, bleibt der Befund, dass der SPD ein Stück Glaubwürdigkeit und inhaltlicher Positionierung verloren gegangen ist. Dies schadet der Partei nicht nur im Hinblick auf den anstehenden Bundestagswahlkampf in Eimsbüttel. Durch die fast tägliche Aufnahme des Themas in den Hamburger Zeitungen fällt der Eindruck fehlender Geschlossenheit auch auf die anderen DirektkandidatInnen, insbesondere auf den Landesvorsitzenden zurück, der selber für den Bundestag kandidiert. Und es bindet die Kraft der Distrikte sowohl im täglichen kommunalpolitischen Engagement, als auch in der Entwicklung inhaltlicher Positionen. Letztlich schadet das Szenario so der Partei im Ganzen, denn ohne klare inhaltliche Positionierung fehlt ihr ein wichtiges, vielleicht das wichtigste Unterscheidungskriterium gegenüber anderen Parteien, um WählerInnen zu überzeugen.

Konsequenzen

Wenn man der Analyse bis hierhin folgt, muss die Konsequenz sein: Weg von der Personaldebatten und zurück zur inhaltlichen Positionierung! Aufgabe der Linken in der SPD muss es dabei besonders sein, den Fokus der Parteiarbeit wieder zurück auf die politischen Auseinandersetzung zu lenken, denn der Versuch, Auseinandersetzungen

zwischen den unterschiedlichen Parteiströmungen durch die Vergabe von Parteiämtern zu umgehen und so für eine Identifikation mit gemeinsamen Zielen zu sorgen, ist in Hamburg spektakulär gescheitert. Es ist höchste Zeit, Integration wieder durch Auseinandersetzungen in der Sache und Überzeugungskraft zu finden. Die Linke in der SPD ist dabei besonders gefordert, weil sie der Partei – im Gegensatz zu den Strömungen mit Blick auf die politische Mitte – eine deutliche politische Abgrenzung zum bürgerlich-konservativen Lager ermöglichen kann. Gerade darum wird sie als selbstbewusste Kraft aber auch benötigt und es wird Aufgabe der Parteiführung in allen Ebenen sein, dafür den Rahmen zu schaffen.

Sören Tomasek, geb. 1973, ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten. Er ist Mitglied im SPD-Kreisvorstand Hamburg-Eimsbüttel.